

«Mit unserem Massnahmenpaket können wir die Lehrer entlasten»



Daniel Wahl

14. Juni 2023, 20:00

Folgen



Conradin Cramer (LDP), seit sechs Jahren Chef des Erziehungsdepartements Basel-Stadt. (Bild: Daniel Wahl)

Das Konzept der Integrativen Schule, in der sowohl verhaltensauffällige und körperlich behinderte Kinder im normalen Schulunterricht beschult werden, steht in Basel-Stadt besonders unter Druck. Es sind einige Vorstösse und eine Volksinitiative hängig, die verschiedenste Massnahmen zur Entlastung der Volksschule fordern. Obschon der Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) Ende Mai ein Massnahmenpaket geschnürt und vorgestellt hat, das Fördergruppen, Förderklassen und Schulinseln vorsieht, fordert jetzt auch die Geschäftsprüfungskommission **in ihrem neusten Bericht** das Erziehungsdepartement dazu auf, endlich vorwärts zu machen.

Herr Cramer, unseres Wissens ist es in der Schweiz ein einmaliger Vorgang, dass eine Geschäftsprüfungskommission ihren Erziehungsdirektor dazu drängt, die Probleme der Integrativen Schule und die damit einhergehende Überforderung der Volksschule anzupacken. Warum ist es in Basel so weit gekommen?

Conradin Cramer: Seit längerem sieht die Politik, dass an der Basler Volksschule etwas gehen muss. Ich bin froh um diesen Support. Ich brauche ihn, um etwas ändern zu können, darum fühle ich mich gar nicht gedrängt.

Aber man hörte Sie stets «Nein» sagen, wenn Vorstösse in Basel eingereicht wurden, die eine Abkehr von der Integrativen Schule vorsahen. Zuletzt Ihr «Nein» zum bürgerlichen Vorstoss im Februar, der wieder «Einführungsklassen» fordert – eine Möglichkeit, die erste Klasse während zwei Jahren zu besuchen. Warum standen Sie so lange auf der Bremse?

Ich habe nie einfach «Nein» gesagt. Allerdings wurden immer wieder Vorstösse eingereicht, die Einzelmassnahmen forderten. In der Analyse wurde uns klar, dass man die Probleme nicht mit einer einzigen Massnahme lösen kann. Es braucht ein Paket. Deshalb war ich immer skeptisch eingestellt gegenüber jenen, die einzelne Lösungsansätze vorschlugen und glaubten, damit sei alles gut.

Welches ist die wichtigste Massnahme, um den Problemen beizukommen, die die Integrative Schule schafft?

Das Wichtigste ist, dass der normale Unterricht in der Regelklasse wieder funktionieren kann. Die Situation in Basel – und ich glaube auch an anderen Orten der Schweiz –, ist folgende: In der Regelklasse gibt es zu viele Schülerinnen und Schüler, die besondere Massnahmen brauchen. Darum haben die Lehrpersonen nicht mehr genügend Kapazitäten, sich auf den Unterricht zu konzentrieren. Die Lehrpersonen werden auch jenen Schülern nicht mehr gerecht, die besondere Unterstützung brauchen. Mit anderen Worten: Das System ist über der Belastungsgrenze hinaus am Anschlag. Eine Möglichkeit ist, dass man wieder vermehrt zu separativen Lösungen greift, wie wir sie jetzt vorschlagen.

Was war für Sie das erste Alarmzeichen, um diese Überlastung festzustellen?

Die Belastung war schon länger greifbar. Die Zahlen stiegen kontinuierlich, aber schleichend. Die Zahl der Schüler, die besondere Massnahmen brauchen und beispielsweise eine Verfügung zum Beizug einer Assistenz erhalten, hat sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Das ist ein gigantischer Anstieg. Alle Hoffnungen, dass sich das rechtzeitig stabilisiert, haben sich nicht erfüllt. Uns ist bewusst geworden, dass es sich um eine Spirale handelt, die sich weiter dreht.

«Alle Hoffnungen, dass sich das rechtzeitig stabilisiert, haben sich nicht erfüllt. Uns ist bewusst geworden, dass es sich um eine Spirale handelt, die sich weiter dreht.»

Noch halten die Heilpädagogen stark dagegen, die Integrative Schule mit separativen Massnahmen aufzuweichen und das heilpädagogische Erbe zu verwässern. Wo orten Sie die Gegner Ihres geschnürten Massnahmenpakets?

Es gibt innerhalb der Volksschule eine starke Bewegung, die möglichst gar keine separativen Massnahmen will und die volle Inklusion für richtig hält, was weit über das Konzept einer Integrativen Schule hinausgeht. Umgekehrt gibt es aber Lehrpersonen, die mehr Separation verlangen. Es ist wie so oft in der Politik: Bei heiklen Themen muss man durch die Mitte navigieren.

Ihr Vorgänger, der frühere Erziehungsdirektor Christoph Eymann, hat viele Linke an Kaderpositionen in der Erziehungsdirektion angestellt. Wie viel Widerstand kommt aus der Verwaltung?

In meiner Bildungsverwaltung spüre ich eine grosse Offenheit, vor allem gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen. Und diese sagen klar: Bei der Integrativen Schule gibt es Schwelleneffekte. Sind zu viele Kinder – mehr als 15 Prozent – mit besonderem Bedarf in einer Regelklasse integriert, dann leiden alle anderen Kinder, also jene, die keine Fördermassnahmen brauchen. Diese Schwelle müssen wir durchbrechen. Diesbezüglich spüre ich keine ideologischen Barrieren in der Verwaltung. Es ist allerdings auch zu einigen Stellenwechseln in meinem Departement gekommen. Einige, die damals für die Einführung der Integrativen Schule gekämpft hatten, sind nicht mehr da. Nun werden die Themen weniger ideologisiert angepackt, als vor 10 bis 15 Jahren.

Weniger ideologisiert als noch vor der Coronapandemie. Es ist doch so, dass mit und nach der Pandemie der akute Lehrermangel offensichtlich geworden ist. Die Öffentlichkeit begann, die Gründe für den Lehrermangel zu analysieren. Erst dabei kam die Überlastung des Schulwesens zur Sprache.

Ich gebe Ihnen insofern recht, als seit Corona ein Katalysierungseffekt festzustellen ist. Nach dem Übergang von der Pandemie zur Normalität ist klar geworden, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Inzwischen haben sich politische Mehrheiten gebildet, die eine Überarbeitung der bestehenden Schule erst möglich machen.

Sie haben von einer Verdoppelung der Schülerzahlen mit besonderen Massnahmen gesprochen. Was ist die Ursache dafür?

Frustrierend für mich ist, dass niemand die Ursache wirklich benennen kann. Man stellt beispielsweise fest, dass Kinderärzte und Psychologen mehr Diagnosen machen, man ist aufmerksamer und interveniert früher, was zu mehr Fallzahlen führt. Das wiederum ist ein Tatsachenbeschrieb und keine Ursachenanalyse. Es gibt ein paar Theorien zu den Ursachen. Beispielsweise, dass mehr Kinder häufiger vor Bildschirmen sitzen, dass mehr Kinder aus dysfunktionalen Familien kommen. Dann hat die Pandemie die Sache beschleunigt. Damit ist die Zunahme von ADHS, von Autismus-Spektrum-Störungen und Verhaltensauffälligkeiten aber nur schemenhaft begründet. Die Frage nach der Ursache konnte mir bisher keiner beantworten. Es ist aber nicht Sache der Volksschule, die Gründe zu erforschen. Die Schule hat die Pflicht, alle Kinder aufzunehmen. Ihnen müssen wir ein entsprechendes Setting bieten.

«Die Zunahme von ADHS, von Autismus-Spektrum-Störungen und Verhaltensauffälligkeiten ist aber nur schemenhaft begründet.»

Bei ihrem Massnahmenpaket ist von Förderklassen und Fördergruppen und Schulinseln die Rede. Sie nehmen das Wort «Kleinklassen» bewusst nicht in den Mund. Der frühere Politiker und Pädagoge Roland Stark würde sogar von einer «Verleumdung der Kleinklasse» sprechen. Warum geht man in Basel so auf Distanz zur früheren Kleinklasse?

Ich lege weniger Wert auf die semantischen Unterschiede der Begriffe. Historisch gab es Kleinklassen in Basel. Genau genommen führen wir sie auch heute im Setting der Sonderbeschulung weiter, wo etwa drei Prozent der Kinder zugewiesen werden; mit maximal zwölf Kindern sind das Kleinklassen. Das Problem ist: Für Kinder, die in der Sonderbeschulung sind, ist es schwierig zur Regelklasse zurückzukehren. Das zeigen unsere Erfahrungen. Die Förderklassen haben einen etwas weniger separativen Charakter. Sie sind am Standort der Primarschulen angesiedelt. Damit sollen Schülerinnen und Schüler unkomplizierten Zugang haben – ohne Standortwechsel. Das Konzept ermöglicht ebenso eine unkomplizierte Rückkehr.

Ihr Massnahmenpaket kostet jährlich 16,2 Millionen Franken. Wie kam der Preis zustande?

In Bezug auf die Bildungsausgaben pro Schüler sind wir in Basel-Stadt heute schon hoch, wir investieren viel in die jungen Leute, was uns bewusst ist. Der Stadtkanton ist glücklicherweise in der Lage, auch die neuen Massnahmen finanziell bedarfsgerecht anzugehen. Wir haben die Anzahl Kinder errechnet, die in eine Fördergruppe gehen müssten und wissen, was das personell bedeutet. Wir haben ebenso eine Sonderschule-Plus – ein Angebot für Kinder, die selbst in der Sonderschule nicht mehr tragbar sind. Das sind sogenannte Systemsprenger; es gibt deren wenige, aber ihre Ausbildung ist relativ teuer.

In Bezug auf das Leistungsniveau tragen die Basler Schüler gegenüber den anderen Kantonen der Schweiz die rote Laterne. Glauben Sie, dass Ihr Massnahmenpaket das Niveau der Volksschule wieder heben wird?

Das stimmt. Gegenüber anderen Kantonen sind wir im Hintertreffen, auch wenn ich oft die Methode solcher Erhebungen kritisieren muss. Aber lassen wir das. Eine Erkenntnis aus solchen Statistiken ist jedenfalls, dass der Kanton Basel-Stadt mehr als andere Kantone auf die Sprachkompetenzen achten muss. Ohne Deutschkenntnisse bleiben selbst die Mathematikaufgaben für Integrationskinder unverständlich. Ich gehe davon aus, dass wir mit unserem Massnahmenpaket die Lehrer entlasten können. Damit stehen den Regelklasse wieder mehr Energie und Zeit zur Verfügung, sodass sich die Leistung der Schüler verbessern wird.

Schulleiter aus Basel-Stadt haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass es zu wenig Schulräume gib für die Schaffung von neuen Förderklassen, Fördergruppen und Schulinseln.

Das Problem ist erkannt. Insbesondere die Lerninseln erfordern neuen Schulraum. Aber die Lösung ist herausfordernd, weil Basel dicht bebaut ist, und auf der grünen Wiese nicht einfach ein neues Schulhaus erstellt werden kann. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen haben wir bereits unsere Raumreserven ausgenutzt; mittlerweile ist jeder Dachstock unserer Schulhäuser ausgebaut. Wir müssen schauen, wo wir noch dichter bauen können oder gegebenenfalls Räume dazumieten können.

Ist der Ausbau im 16,2-Millionen-Massnahmepaket enthalten?

Nein, das ist ein weiterer Posten, der auf Basel zukommt.

«Ich habe jedes Interesse daran, dass die Schule sich entwickeln kann.»

Ein Schulleiter machte uns nur hinter vorgehaltener Hand auf die prekäre Schulraumsituation aufmerksam. Er müsse anonym bleiben, sonst verliere er noch seinen Job. Herr Cramer, haben Sie Hasenfüsse in den Kaderpositionen eingestellt oder herrscht in Ihrer Verwaltung eine Angstkultur?

Es hat noch nie ein Schulleiter seinen Job verloren, wenn er Kritik geäußert hat. Klar freue ich mich, wenn die Kritik zuerst bei mir landet und nicht vorab den Weg zu den Journalisten findet. Bei allen wichtigen Vorhaben bilden wir jeweils Arbeitsgruppen, die die Probleme aus dem Schulalltag aufnehmen und Lösungen vorschlagen. Ich erlebe jedenfalls eine offene Kritikkultur; ich erhalte regelmässig E-Mails von Schulleitungen, meine Telefonleitung ist offen. Das wird auch genutzt.

Wie sieht es mit dem Zeitplan aus für die Umsetzung der Massnahmen und des Ausbaus des Schulraums?

So schnell wie möglich. Auch nach sechs Jahren als Erziehungsdirektor kann es mir nicht schnell genug gehen. Auf das Schuljahr 24/25 wollen wir erste Massnahmen umsetzen. In Bezug auf den Schulraum sieht es ähnlich aus. Der Bedarf für neue Räume für die Sekundarschule ist ausgewiesen. Die Primarschulen bauen wir laufend aus. Ich habe jedes Interesse daran, dass die Schule sich entwickeln kann.